



Jüdische Stimme für Demokratie und
Gerechtigkeit in Israel/Palästina

info@jvjp.ch | www.jvjp.ch
Spendenkonto IBAN:
CH85 0070 0111 2011 0507 3

Plattform Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina, JVJP

I

Die Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina (JVJP) ist ein Verein mit Sitz in Zürich. Mitglieder sind Menschen mit jüdischem Hintergrund. Als heterogene Gruppierung pflegen wir den offenen Dialog. Als Nichtregierungsorganisation (NGO) sind wir Teil der schweizerischen Zivilgesellschaft und des Netzwerkes European Jews for Just Peace (EJJP).

II

Wir unterstützen Gruppierungen und Projekte in Israel/Palästina und in der Schweiz, die einen konstruktiven und respektvollen Umgang mit allen am Konflikt beteiligten Parteien pflegen. Wir setzen uns für demokratische und gerechte Zukunftsprojekte ein. Wir tragen bei zu öffentlicher Reflexion und zum Dialog über die Lage in Israel/Palästina. Wir arbeiten in NGO-Vernetzungen mit, die sich für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina engagieren.

Als zweiten Schwerpunkt setzen wir uns auch in der Schweiz aktiv gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung ein und unterstützen Massnahmen zu deren Bekämpfung. Wir vernetzen uns mit anderen Gruppierungen, welche dieselben Ziele verfolgen.

III

Sowohl die Menschenrechte als auch die nationale Selbstbestimmung aller in der Region lebenden Menschen müssen gewährleistet sein. Die politische Gestaltung der Zukunft ist ihre Sache.

Die israelische Gesellschaft und Politik hat sich zunehmend in eine undemokratische und von verschiedenen Formen von Rassismus geprägte Richtung entwickelt. Wir wollen das nicht akzeptieren, schon gar nicht, wenn die israelische Regierung vorgibt, ihre Politik im Namen aller Jüdinnen und Juden, also auch in unserem Namen, umzusetzen. Wir distanzieren uns von der Verfasstheit des israelischen Staates in seiner aktuellen nationalistischen, diskriminierenden und kolonialistischen Ausgestaltung. Wir distanzieren uns von einer Politik, welche ständig neue Gesetze schafft, um die Vorherrschaft der jüdischen über die nichtjüdischen Staatsbürger*innen zu etablieren.

Der israelisch-palästinensische Konflikt hat komplexe Ursachen und ist vielschichtig. Beide Gesellschaften hüten ein kollektives Gedächtnis, in dem die Geschichte der anderen Seite nicht vorkommt. Die beiden Narrative sind destruktiv festgefahren. Wir erachten die beidseitige Anerkennung der Geschichte(n) und des Leids der Anderen sowie die Anerkennung des begangenen und gegenwärtigen Unrechts als Voraussetzung für eine gemeinsame Zukunft. Als historische Ereignisse waren Shoa und Nakba völlig unterschiedlich, in ihrer Funktion für das kollektive Gedächtnis beider Gruppen sind sie ähnlich. Jüdisches Leiden und Unrecht an Jüd*innen in der Vergangenheit und in der Gegenwart sind nicht singulär, wir sehen es im Kontext mit anderem Leid und Unrecht. Und wir akzeptieren nicht, dass diese unsere Geschichte zu politischen Zwecken monopolisiert und instrumentalisiert wird.